



Juli 2017

## Niederschrift

**über die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland-Pfalz (15/5)  
am 19. Juni 2017**

**im Erbacher Hof, Haus am Dom,  
Liebfrauenplatz 8, 55116 Mainz**

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Dauer: 10.00 Uhr – 12.00 Uhr

### **Festgestellte Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Besuch der Ministerin für Finanzen Doris Ahnen zur Haushaltssituation in Rheinland-Pfalz
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Annahme der Niederschrift über die Sitzung am 24. April 2017
5. Informationen aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses
6. Informationen aus den Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes
7. Vorlage Nr. 12  
Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung von Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz:  
PEP vor Ort
8. Vorlage Nr. 13  
„Zukunftsaufgabe meistern – Fachkräfte für die Jugendarbeit halten und gewinnen“  
Fachkräftepapier des Fachausschusses 1
9. Vorlage Nr. 14  
„Flüchtlinge“  
hier: Impuls zur Vertiefung des Themenschwerpunktes in den Fachausschüssen:  
Rückblick auf die 17. Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft  
Jugendhilfeplanung
10. Verschiedenes



### **zu TOP 1: Eröffnung und Festlegung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende, Albrecht Bähr, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Herr Bähr stellt fest, dass zu der heutigen Sitzung fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Er informiert über Mitgliederwechsel bzw. Neuberufungen in den Landesjugendhilfeausschuss.

1. Dr. Ohle Wrogemann ist als stimmberechtigtes Mitglied für die Jugendverbände (Landessportbund Rheinland-Pfalz) in den Landesjugendhilfeausschuss berufen worden. Er tritt die Nachfolge von Katrin Riebke an.
2. Die Abgeordneten Pia Schellhammer und Daniel Köbler tauschen die Funktionen im Landesjugendhilfeausschuss. Herr Köbler ist jetzt stimmberechtigtes Mitglied für die Grünen/Bündnis'90 und Frau Schellhammer übernimmt seine Vertretung.

### **zu TOP 2: Besuch der Ministerin für Finanzen Doris Ahnen zur Haushaltssituation in Rheinland-Pfalz**

Finanzministerin Doris Ahnen hat aufgrund dringender Geschäftstermine in Berlin ihre Teilnahme an der heutigen Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses abgesagt. Eine Vertretung durch den Staatssekretär ist ebenfalls nicht möglich. Der Landesjugendhilfeausschuss wird in Rücksprache mit der Finanzministerin eine neue Terminfindung für den Tagesordnungspunkt anvisieren. Der Tagesordnungspunkt ist vertagt worden.

### **zu TOP 3: Festlegung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

### **zu TOP 4: Annahme der Niederschrift über die Sitzung am 24. April 2017**

Die Niederschrift über die Sitzung am 24. April 2017 wird einstimmig angenommen.

### **zu TOP 5: Informationen aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses**

#### **Fachausschuss 1:**

Zur Sitzung vom 30. Mai 2017 wird auf die Berichtsvorlage in der Anlage verwiesen.

#### **Fachausschuss 2:**

Zur Sitzung vom 7. Juni 2017 wird auf die Berichtsvorlage in der Anlage verwiesen.

Andreas Winheller vom Landeselternausschuss ergänzt zum Thema „Beförderung von Kindergartenkindern mit dem Bus“, dass die Verwaltung zum Thema nicht beauftragt werden sollte eine Unfallstatistik bei der Unfallkasse Rheinland-Pfalz anzufordern, sondern eine Stellungnahme der Unfallkasse, wie aus ihrer Sicht die Rahmenbedingungen für eine sichere Beförderung von Kindergartenkindern eingeschätzt werden und welche Sicherheitsvorkehrungen dafür vorgegeben werden. Dabei ging es insbesondere um die Frage, ob es aus Sicht der Unfallkasse zulässig ist, dass Kindergartenkinder ohne Aufsichtsperson in öffentlichen Bussen fahren und alleine den Weg von der Bushaltestelle zur Kindertagesstätte gehen dürfen.

**Albrecht Bähr erweitert den Arbeitsauftrag des Fachausschusses 2 durch die Kraft und Autorität des Landesjugendhilfeausschusses und beauftragt die Verwaltung mit der Einholung einer entsprechenden Stellungnahme der Unfallkasse Rheinland-Pfalz.**

### **Fachausschuss 3:**

Die Sitzung am 14. Juni 2017 ist ausgefallen.

## **zu TOP 6: Informationen aus den Ministerien und der Verwaltung des Landesjugendamtes**

Klaus Peter Lohest vom Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz berichtet zu zwei Punkten:

- Zur SGB VIII Reform findet eine Anhörung zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz im Bundestag statt. Das Jugendministerium hat dazu im Bundesrat umfassend Stellung genommen.
  1. Es sind erste rechtliche Regelungen zur Weiterentwicklung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe getroffen worden. In dem aktuellen Gesetzesentwurf ist die anfänglich angestrebte inklusive Kinder- und Jugendhilfe nicht in dem gewünschten Umfang wieder zu finden. Rheinland-Pfalz hat im Bundesrat seinen Entschließungsantrag federführend eingebracht und die Wichtigkeit einer inklusiven Lösung für die nächste Legislaturperiode des Bundes betont.
  2. Die Gesetzesregelungen im Pflegekinderwesen ist weiterentwickelt worden, dahingehend dass Herkunftseltern zum einen gestärkt werden, aber auch die Situation von Pflegekindern einer schnelleren endgültigen Unterbringungslösung zugeführt werden soll. Herkunftseltern und Adoptiveltern erhalten einen Beratungsanspruch. Die Möglichkeit der Rückführung der Pflegekinder in die Herkunftsfamilie bleibt erhalten. Es wird positiv bewertet, dass Kinder und Jugendliche einen eigenständigen Beratungsanspruch haben und die Möglichkeit der Einführung einer Ombudstelle vorgesehen ist.
  3. Die Bundesländer haben sich im Zusammenhang mit der geschlossenen Unterbringung und dem vorausgegangenen Heimskandal „Haasenburg“ in Brandenburg dafür ausgesprochen, die Prüfmöglichkeiten der Heimaufsicht zu stärken.

4. Kritisch wird die Einführung des § 48a SGB VIII, einer Meldepflicht von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit gegenüber den Kommunen, gesehen. Alle Bundesländer bis auf Mecklenburg-Vorpommern haben dafür plädiert, es nicht zum Gesetz werden zu lassen. Die Bundesregierung hat die Gegenäußerungen nicht vollständig aufgenommen, sondern geäußert, das Gesetz so zu formulieren, dass es nicht mit einem bürokratischen Aufwand verbunden sein wird. Der bürokratische Aufwand wird von den Bundesländern jedoch befürchtet.
5. Als ein weiterer kritischer Punkt wird die Verknüpfung der Kostenerstattung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit dem Abschluss von Rahmenverträgen gesehen. Die Rahmenverträge sollen zwischen Land, Kommune und Einrichtungsträger erfolgen. Es stellt die Gefahr dar, dass es zu einem Zwei-Klassensystem der Kinder- und Jugendhilfe kommt. Im Gesetzgebungsverfahren sind Anträge eingebracht worden, wonach das Jugendwohnen die einzige Leistung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sein sollte. Rheinland-Pfalz konnte seinen Antrag im Bundesrat durchsetzen, in dem festgeschrieben ist, dass es keinen Unterschied zwischen den Jugendhilfeleistungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und für andere Kinder und Jugendliche geben darf. Dem hat die Bundesregierung nicht widersprochen, sondern positiv aufgegriffen.
6. Als weitere Regelung ist im SGB VIII Verfahren eingebracht worden, dass es die Möglichkeit einer Zweitverteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gibt, für den Fall, dass eine Familienzusammenführung möglich ist. Derzeit besteht die Möglichkeit der Familienzusammenführung nicht. Der Vorschlag wurde von der Bundesregierung auch nicht vollständig abgelehnt.
7. Die Bundesregierung sah bedauerlicherweise keine Notwendigkeit eine Pflegeberatungsleistung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, die in Pflegefamilien untergebracht sind, in das Gesetzgebungsverfahren mit aufzunehmen. Es gibt eine Regelungslücke im Bundesteilhabegesetz, in dem vergessen wurde eine Jahreszahl zu ändern. Den Antrag aus Rheinland-Pfalz, Kinder und Jugendliche mit Behinderung in die Pflegeberatungsleistung der Kinder- und Jugendhilfe mit aufzunehmen, hat die Bundesregierung abgelehnt.

Grundsätzlich begrüßt die rheinland-pfälzische Landesregierung die in Betracht kommenden Gesetzesänderungen im SGB VIII Verfahren, auch wenn die anfänglich vorgesehenen Änderungen bei den Hilfen zur Erziehung nicht eintreten werden. Es ist zu befürchten, dass es innerhalb der CDU/CSU zu dem Punkt kommt, dass das Gesetz abgelehnt wird. Die zweite und dritte Lesung im Bundesrat sind für die erste Juliwoche angesetzt.

Albrecht Bähr erwähnt, dass es ärgerlich wäre, wenn die Gesetzesänderung nicht verabschiedet würde.

Anke Simon bedanke sich bei den Ministerien und dem Landesjugendamt für das Engagement im SGB VIII Verfahren. Herr Bähr schließt sich dem Dank an.

- Klaus Peter-Lohest berichtet zu seinem zweiten Punkt.  
Die Beratungsstelle SALAM ist von einem freien Träger ins Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Abteilung Landesjugendamt, umgesiedelt worden, das bereits über praktische Erfahrungen in der De-Radikalisierung von Extremisten verfügt. Die Beratungsstelle SALAM ist keine Beratungsstelle zum Islam, sondern eine Stelle zur „Entradikalisierung“ von Menschen. Ein weiterer Grund für die Umsiedlung an eine staatliche Stelle ist die Erleichterung des Informationsaustausches mit den Sicherheitsbehörden.

Sissi Westrich vertritt Regine Käseberg vom Ministerium für Bildung und informiert zu drei Punkten:

- Eine neue Verwaltungsvorschrift (VV) zur Schulsozialarbeit ist in Bearbeitung. Durch einen Landtagsbeschluss sind die Haushaltsmittel jeweils um 1 Mio. Euro für die Haushaltsjahre 2017 (6 Mio. Euro) und 2018 (7 Mio. Euro) aufgestockt worden.  
Ziel ist es, landesweit einen gleichmäßigen Ausbau für die Schulen, die den Abschluss der Berufsreife anbieten (Realschulen Plus, IGS Schulen, Schulen mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“), zu fördern. Mit der Neuverteilung des Budgets soll eine Stellenerweiterung von 166 Stellen auf 288 Stellen erreicht werden. Jede anspruchsberechtigte Schule soll eine halbe Personalstelle erhalten.  
Die Restmittel werden dann Anhand der Anzahl der Empfänger für Leistungen nach dem SGB II im Alter von 10-16 Jahren im jeweiligen Jugendamtsbezirk verteilt. Es wird eine Übergangsregelung zwischen den Haushaltsjahren 2017/2018 geben.  
Die neue Verwaltungsvorschrift schließt an die bisherigen festgeschriebenen Standards der Schulsozialarbeit an, mit einigen Änderungen. Eine Änderung betrifft die Begrifflichkeit „Beirat“. Der Beirat in der neuen VV ist nicht mehr festgeschrieben, sondern die Funktion des Beirates wird deutlicher herausgestellt. Es sollen einmal jährlich Auswertungs- und Planungsgespräche der Beteiligten stattfinden. Zurzeit befindet sich der Referentenentwurf in Abstimmungsverfahren.

Jürgen Ulrich weist darauf hin, dass die Jugendämter eine Zusage über die Fördermittel benötigen, um neue Stellen vor dem kommenden Schuljahr einrichten zu können. Er sieht ein zeitliches Problem, die eingestellten Mittel für das Haushaltsjahr 2017 abzurufen. Er fragt, in wie weit die Kommunen die Mittel flexibel verwenden können, um die ungedeckten Kosten der vorhandenen Stellen abzudecken.

Sissi Westrich erläutert, dass die Zuwendungsbescheide hausintern in Arbeit sind. Im Vorgriff auf die neue VV werden die Anträge, die den Kriterien entsprechen, auch bewilligt. Sie erkennt die Schwierigkeit der Kommunen, vor dem neuen Schuljahr Personal einzustellen und hofft, dass das Abstimmungsverfahren des Referentenentwurfs zügig vorangeht, um den Beteiligungsprozess voranzutreiben.

- Die Stellungnahmen der beteiligten Akteure zur Novellierung des Kindertagesstättengesetzes Rheinland-Pfalz werden Ende August 2017 auf dem Kita-Server veröffentlicht. Im Herbst 2017 wird ein erster Diskussionsentwurf zur Gesetzesnovellierung vorliegen.

- Anfang Juni 2017 ist das Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes im Bundestag beschlossen worden. Das Gesetz sieht die Modernisierung epidemiologischer Überwachung von übertragbaren Krankheiten vor. Das beinhaltet eine neue Auflage für die Kindertagesstätten. Im Präventionsgesetz gibt es bereits eine Regelung die besagt, Eltern müssen gegenüber der Kindertagesstätte einen Nachweis liefern, dass sie sich zum Thema „Impfen“ haben beraten lassen. Nun kommt hinzu, dass Leitungskräfte von Kindertagesstätten Eltern beim Gesundheitsamt melden müssen, die keine Impfberatung nachweisen können. Das Bildungsministerium hat ein Informationsschreiben an die Kitaspitzen mit einem ersten Entwurf der Fragen zu einer Meldung von Kindertagesstätten an das Gesundheitsamt versendet. Bis zum 23. Juli 2017 wird eine Rückmeldung der Kitaspitzen erwartet.

Prof. Dr. Ralf Haderlein fragt, ob der Nachweis im gelben U-Heft nicht ausreichend belegen würde, dass eine Impfberatung stattgefunden hat.

Detlef Placzek erklärt, dass es bei dem neu eingeführten Gesetz um die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Kindertagesstätten geht. Nach wie vor sei es den Eltern freigestellt, ob sie ihr Kind impfen lassen. Es muss der Kindertagesstätte belegt werden, dass sich die Eltern über Vor- und Nachteile des Impfens haben beraten lassen.

Andreas Winheller fragt, ob der zeitliche Zusatzaufwand der Kita-Leitungen auch zusätzlich personalisiert wird.

Frau Westrich antwortet, dass ein einfaches Formblatt erstellt werden soll, in dem klar strukturiert ist, wie der Kita-Träger die Daten an das Gesundheitsamt meldet. Ein hoher zeitlicher Aufwand wird nicht gesehen, aber selbstverständlich stelle das einen weiteren Verwaltungsvorgang dar. Momentan wird durch das Gesundheitsamt geprüft, ob ein Nachweis durch die Vorlage des gelben Untersuchungsheftes ausreichend ist.

Daniel Köbler empfiehlt, mit den gesammelten Gesundheitsdaten sorgsam umzugehen, da es sich um personenbezogene Daten handelt.

Kerstin Röhlich-Pause von der zentralen Stelle des Landeskinderschutzgesetzes Rheinland-Pfalz informiert, dass seit September 2016 neue Früherkennungshefte eingeführt worden sind. Neu ist eine Einlegekarte mit der die Eltern die Impfberatung nachweisen können. Diejenigen, die seit September 2016 keine Früherkennungsuntersuchung mit ihren Kindern hatten, werden eine Einlegekarte erhalten, es sei denn man hat die Untersuchung bis zur U6 gemacht, dann wird ein neues Untersuchungsheft ausgestellt.

Für die Verwaltung berichtet Sybille Nonninger in Vertretung für Birgit Zeller zu sechs Punkten:

- Am 26. April 2017 fand in Worms die traditionelle Tagung des Landesjugendamtes „Jugendhilfe im Jugendgerichtsverfahren“ in Kooperation mit der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe zum Thema „Jugendhilfe total?! – Wirksamkeit der Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren“ statt. Die Tagung wurde unterstützt durch das Justizministerium und die Polizei. Ergebnisse aus der

Tagung werden in Kürze auf der Homepage des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung veröffentlicht.

- Am 27. April 2017 lud das Kompetenznetzwerk „Demokratie leben!“ Fachkräfte, die in Projekten des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ aktiv sind, zum 5. Fachtag des Netzwerkes nach Worms ein.
- Am 1. Juni 2017 fand die 13. Landeskonferenz Heimerziehung im Schloss Waldthausen in Budenheim statt. Das Thema lautete „Neue Autorität in der Heimerziehung“.
- Ebenfalls am 1. Juni 2017 fand die 18. Jahrestagung der LAG Jugendhilfeplanung in Ludwigshafen statt. Gegenstand der Tagung war der 15. Kinder- und Jugendbericht des Bundes als Folie für die Erörterung der kommunalen Jugendpolitik und stellte so eine Verbindung zur vorausgegangenen Tagung des Jugendministeriums am 11. Mai 2017 „JES – Jung. Eigenständige. Stark. Die Jugendstrategie in Rheinland-Pfalz“ her.
- Am 21. Juni 2017 findet die erste landesweite Kinderschutzkonferenz in Mainz statt. Diese von nun an jährlich stattfindende Konferenz dient zur Vertiefung und Weiterentwicklung des Fachwissens im Kinderschutz.
- Die BAG Landesjugendämter hat auf ihrer Arbeitstagung vom 26. - 28. April 2017 in Saarbrücken drei Empfehlungen zu aktuellen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe beschlossen:
  1. Handlungsempfehlungen zur „Beratung und Aufsicht bei Angeboten der stationären Erziehungshilfe mit freiheitsentziehenden Maßnahmen.
  2. Überarbeitung der Handlungsempfehlungen zum Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen – Verteilungsverfahren, Maßnahmen der Jugendhilfe und Clearingverfahren auf Grund der aktuellen Gesetzeslage.
  3. Ein Positionspapier zur „Weiterentwicklung des Adoptionsrechts“, das sich in die aktuelle Debatte um die rechtliche Neujustierung der Adoptionsverfahren einbringt.

**zu TOP 7: Vorlage Nr. 12  
Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung von Jugendarbeit in  
Rheinland-Pfalz: PEP vor Ort  
hier: Beantragung der Trägerschaft**

In der letzten Sitzung am 24. April 2017 ist die Beantragung der Trägerschaft durch den Landesjugendhilfeausschuss für die Fortführung des Modellprojektes „PEP vor Ort“ im Rahmen des Förderprogramms zur Unterstützung einer kommunalen Jugendpolitik andiskutiert worden.

Volker Steinberg führt in die Beschlussvorlage zum Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung von Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz ein. Er berichtet, dass aus der Fachpraxis dem Fachausschuss 1 Rückmeldungen vorliegen, dass die Fördervoraussetzungen nicht an die örtlichen Gegebenheiten angepasst sind und es die Teilnahme am Projekt erschwert.

Klaus-Peter Lohest stellt in Aussicht, mit der Bewerbungsfrist großzügig umzugehen und die Fördervoraussetzungen an die örtlichen Möglichkeiten anzupassen.

**Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig die Beschlussvorlage „PEP vor Ort“ und beantragt die Trägerschaft beim zuständigen Ministerium, mit den inhaltlich drei genannten Prämissen.**

**zu TOP 8: Vorlage Nr. 13  
„Zukunftsaufgabe meistern – Fachkräfte für die Jugendarbeit halten und gewinnen“  
Fachkräftepapier des Fachausschusses 1**

Volker Steinberg berichtet zum Positionspapier des Fachausschusses 1 „Zukunftsaufgabe meistern – Fachkräfte für die Jugendarbeit halten und gewinnen“. In der Jugendarbeit wird die Herausforderung, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, als aktuelles Thema wahrgenommen. Neun zentrale Punkte für die Gewinnung von Fachkräfte sind im Positionspapier aufgenommen worden. Der Fachausschuss 1 bittet nach Veröffentlichung, die strategischen Partner, wie Hochschulen, Ministerien und Jugendämter um eine inhaltliche Rückmeldung zum Positionspapier.

Prof. Dr. Stephan Bundschuh hat bei der Erstellung des Positionspapieres mitgewirkt und erläutert, dass die Jugendarbeit gestärkt und unterstützt werden muss. Die Jugendarbeit müsse stärker nach außen vertreten werden. Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind in der Diskussion, ob sie einen Studiengang für Jugendarbeit planen und anbieten sollen. Die Diskussionen sind noch nicht abgeschlossen, da z.B. die Ressourcenfrage nicht abschließend geklärt ist.

Die Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz sei im Gegensatz zu anderen Bundesländern nicht gut aufgestellt. Im Rahmen der Haushaltsmittel sollte die Jugendarbeit mehr Unterstützung erfahren.

Regine Schuster informiert, dass die LIGA der freien Wohlfahrtsverbände Rheinland-Pfalz das Positionspapier intern besprochen haben. Das Positionspapier wird auch als eine gute Grundlage gesehen, die Jugendhilfeausschüsse in die Diskussion einzuführen. Angesichts der Tatsache, dass die Jugendarbeit im häuslichen Kontext eine untergeordnete Rolle spielt und oft als „freiwillige Leistungen“ deklariert wird, bekräftigt das Positionspapier nochmals die Wichtigkeit der Aufgaben der Jugendarbeit. Sie schlägt vor, den Beschlussvorschlag zu erweitern mit dem Auftrag, das Positionspapier als Diskussionsgrundlage für Fachgespräche mit den strategischen Partnern anzusetzen.

**Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig das Positionspapier „Zukunftsaufgabe meistern – Fachkräfte für die Jugendarbeit halten und gewinnen. Die Beschlussvorlage wird erweitert durch den Auftrag, das Positionspapier als Diskussionsgrundlage für ein Fachgespräch mit den strategischen Partnern einzusetzen. Die Verwaltung ist mit der Veröffentlichung des Positionspapieres und der Terminfindung für die Fachgespräche beauftragt worden.**

Am Fachgespräch wird der Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses, die Verwaltung des Landesjugendamtes und der Vorsitzende des Fachausschusses 1 teilnehmen. Die Ergebnisse aus den Fachgesprächen werden in den Landesjugendhilfeausschuss zurückgespeist.

**zu TOP 9: Vorlage Nr. 14  
„Flüchtlinge“  
hier: Impuls zur Vertiefung des Themenschwerpunktes in den Fachausschüssen: Rückblick auf die 17. Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung**

Sybille Nonninger stellt anhand einer Power Point Präsentation die 17. Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung vor. Sie fand schon 2016 statt. Die Ergebnisse sind aber weiterhin aktuell und sollen nun den Einstieg in die Auseinandersetzung mit der Situation von Geflüchteten erleichtern. Sie benennt die zentralen Stichworte der Tagung und veranschaulicht diese mit Ausschnitten aus der Tagungsdokumentation. Die Dokumentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Anke Marzi schlägt vor, grundsätzlich das Thema „Flüchtlinge“ nicht als separates Thema in den Fachausschüssen und dem Landesjugendhilfeausschuss zu behandeln, sondern beim Thema „Integration“ auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund mit einzubeziehen.

**Der Landesjugendhilfeausschuss beauftragt die Fachausschüsse, sich mit der Frage der Integration zugewanderter junger Menschen zu befassen. Bis zum Ende des Jahres bzw. spätestens Anfang 2018, soll jeder Fachausschuss berichten, welche thematischen Akzente er bearbeiten will. Die Ergebnisse der 17. Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung sollen zum Bearbeiten des Themenfeldes herangezogen werden.**

**zu TOP 10: Verschiedenes**

- Im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz ist vom 13. Juni - 15. Juli 2017 die Ausstellung „Kinder auf der Flucht“ zu sehen. Die Ausstellung zeigt wie Kinder, die vor Krieg und Terror auf der Flucht sind, besser unterstützt werden können. Anlass ist das 50. Jubiläum des Kinderhilfswerks „Terre des Hommes“.

- Albrecht Bähr schlägt vor, aufgrund der festgelegten Themenkomplexe des Landesjugendhilfeausschusses in seiner 15. Amtsperiode, auch die Ministerinnen Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Dr. Stefanie Hubig jeweils in den Landesjugendhilfeausschuss einzuladen.  
Andreas Winheller empfiehlt in diesem Zusammenhang, den Innenminister Roger Lewentz einzuladen, um eine grundsätzliche politische Diskussion über das Thema der „Freiwilligen Leistungen“ in der Kinder- und Jugendhilfe zu führen.
- Eric Niekisch wird aus dem Landesjugendhilfeausschuss verabschiedet. Er tritt zum 1. September 2017 eine neue Stelle an. Herr Bähr bedankt sich für seine kontinuierliche Mitarbeit im Landesjugendhilfeausschuss sowie für seine fachliche Präsenz und sein besonderes Engagement. Er verabschiedet Herr Niekisch mit den Worten: *„Du bist ein gern gesehener Mensch...Freundlich, nett, offen, verbindlich und all diese Dinge haben uns im Landesjugendhilfeausschuss gut getan. Alles Gute für Dich, ganz herzlichen Dank für Deine Mitarbeit...“*

Protokollführerin  
*gez.*  
Ebru Berdan

Vorsitzender  
*gez.*  
Albrecht Bähr



## Anwesenheitsliste

### Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses

am 19.06.2017 in Mainz

#### A: stimmberechtigte Mitglieder

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
1.	Bähr, Albrecht	Giersen, Christiane	✓
2.	Barrois, Peter	Krimm, Dr. Barbara	entschuldigt
3.	Breyer, Eveline	Herder, Waldemar	entschuldigt
4.	Busch, Bernhard entschuldigt	Volk, Ilona	✓
5.	Eberhardt, Hans-Jürgen	Vogt, Heike	✓
6.	Eisenstein, Claus	Lerch, Peter	✓
7.	Haderlein, Prof. Dr. Ralf	Pohlmann, Ulrike	✓
8.	Herber, Dirk	Huth-Haage, Simone	entschuldigt
9.	Köbler, Daniel	Schellhammer, Pia	✓
10.	Lieber, Michael	Puchtler, Frank	✓
11.	Loch, Bernd	Sauer, Anna	✓
12.	Marzi, Anke	Kolling, Alexander	✓
13.	Neumann, Inka	Baumgärtner, Eva-Maria	✓
14.	Niekisch, Eric	Susanne Kiefer	✓



Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
15.	Nieland, Iris	Lohr, Damian	entschuldigt
16.	Placzek, Detlef	Mischnick, Jeannette	✓
17.	Raab-Zell, Sabine	Völcker, Claudia	entschuldigt
18.	Ruland, Marc	Klomann, Johannes	✓
19.	Schuster, Regine	Jennes, Irene	✓
20.	Simon, Anke	Teuber, Sven	✓
21.	Steinberg, Volker	Pötzl, Horst	✓
22.	Ulrich, Jürgen	Bayer, Guido	✓
23.	Wink, Steven	Willius-Senzer, Cornelia	✓
24.	Wrogemann, Dr. Ohle	N.N.	entschuldigt
25.	Zeller, JProf. Dr. Maren	Bundschuh, Prof. Dr. Stephan	✓

#### B: beratende Mitglieder

26.	Arshad, Misbah	/	
27.	Caron-Petry, Eva entschuldigt	Petri-Burger, Antje	✓
28.	Christmann, Stefan	/	✓
29.	Darscheid, Maya	Luther, Ingrid	✓
30.	Detering, Elisabeth	Dillmann, Sabine	entschuldigt
31.	Diegmann, Ingeborg	/	✓
32.	Fischer, Christina	/	entschuldigt

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
33.	Focht, Michael von	Hasenclever, Frank	✓
34.	Frank-Morher, Sigrid	/	
35.	Gerlich, Renate	/	entschuldigt
36.	Günther, Cornelius	/	
37.	Haase, Robert	/	✓
38.	Heine-Wiedenmann, Dr. Dagmar entschuldigt	Jost, Stephanie	✓
39.	Krell, Dr. Matthias	/	entschuldigt
40.	Möhler, Prof. Dr. Eva	/	
41.	Morsblech, Nicole	/	entschuldigt
42.	Müller, Petra	/	✓
43.	Neu, Rudi	/	entschuldigt
44.	Nothof, Anna-Claire	/	entschuldigt
45.	Orantek, Sonja	/	
46.	Posern, Dr. Thomas	Donath, Roberta	✓
47.	Röhlich-Pause, Kerstin	/	✓
48.	Rösch, Matthias	/	entschuldigt
49.	Skala, Dieter	Kettern, Frank	✓
50.	Snovski, Vladimir	Nikiforova, Marina	
51.	Stubenrauch, Hubert	/	entschuldigt
52.	Vicente, Miguel entschuldigt	Jahns, Birgit	✓

Nr.	Name	Vertretung	Unterschrift
53.	Winheller, Andreas	Kosno-Müller, Beata	✓
54.	Zeller, Birgit	Nonninger, Sybille	✓

weitere Teilnehmer/innen

	Stanko, Lucia		
	Dr. Geissler-Eulenbach, Iris		
	Mendel, Martin		
	Helmerking, Delia		
	Reinert, Florian		
	Westrich, Sissi		
	Lohest, Klaus-Peter		



## Berichterstattung aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses

<b>Vorlage zur Sitzung des LJHA am</b>	<b>19. Juni 2017</b>
<b>Information aus dem Fachausschuss 1</b>	<b>30. Mai 2017</b>

<b>Folgende Aufträge / Themen wurden bearbeitet:</b>	<b>Stand der Beratung</b>	<b>B = Beschluss im LJHA erforderlich I = Information des LJHA</b>
Positionspapier „Fachkräfte in der Jugendarbeit“	Der Fach Ausschuss bearbeitet das Papier und die Beschluss Vorlage. Der FA1 bittet den LJHA das Positionspapier zu beschließen und mit einem anschließenden Versand an gezielte Adressaten eine Öffentlichkeit für das wichtige Thema zu erwirken.	<b>B</b>
Pep vor Ort	Der FA1 bearbeitet die Beschlussvorlage zu Pep vor Ort.  Da es „PEP vor Ort“ im Rahmen der eigenständigen Jugendpolitik geben soll, bittet der FA1 den LJHA zu beschließen, dass er für „PEP vor Ort“ erneut die Trägerschaft beim Jugendministerium beantragt.	<b>B</b>
Situation von Jugendhilfe in RLP angesichts der Schuldenbremse	Der FA1 bereitet ein Statement vor, der dem LJHA Vorsitz zur Verfügung gestellt wird.	<b>I</b>



## Berichterstattung aus den Fachausschüssen des Landesjugendhilfeausschusses

Vorlage zur Sitzung des LJHA am	19. Juni 2017
Information aus dem Fachausschuss 2	7. Juni 2017

Folgende Aufträge / Themen wurden bearbeitet:	Stand der Beratung	B = Beschluss im LJHA erforderlich I = Information des LJHA
Formen der Altersmischung in Kindertagesstätten	Der Fachausschuss 2 hat einen Impuls von Prof. Dr. Wiebke Wüstenberg zum Thema „Formen der Altersmischung in Kindertagesstätten“ erhalten.	I
Ombudstelle Kinder- und Jugendhilfe beim Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz	Der Bürgerbeauftragte Dieter Burgard und der zuständige Referent Klaus Lotz haben die im Januar 2017 neu installierte Ombudschäftsstelle vorgestellt.	I
Empfehlung Kindertagespflege	Die Empfehlung zur Kindertagespflege wurde beraten. Sie wird in der nächsten FA 2 Sitzung am 31.08.2017 zur Abstimmung gebracht.	I
Haushaltssituation des Landes in Zeiten der Schuldenbremse / Fragen aus dem FA 2 an Finanzministerin Doris Ahnen	Der FA2 hat seine Fragen an die Finanzministerin Doris Ahnen formuliert, die dem LJHA Vorsitzenden weitergeleitet werden.	B
Beförderung von Kindergartenkindern mit dem Bus	Der Ausschuss erläuterte Probleme und die Rechtsgrundlage bei der Beförderung von Kindergartenkindern mit dem Bus. Die Verwaltung des Landesjugendamtes wird beauftragt, eine Anfrage über die Unfallstatistik bei der Unfallkasse Rheinland-Pfalz einzuholen.	I



31. Mai 2017

**Vorlage Nr. 12 (15/05) zu TOP 7**

**für die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 19. Juni 2017**

**„Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung von Jugendarbeit“**

hier: Beschlussfassung zur Beantragung der Trägerschaft für das Nachfolgeprojekt von PEP durch den Landesjugendhilfeausschuss

Anlage: Förderprogramm „JES! mit PEP vor Ort“

**Berichterstatlerin/Berichterstatter: Volker Steinberg**

**Beschlussvorschlag:**

Der LJHA beschließt, beim Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz einen Antrag auf Trägerschaft für das Nachfolgeprojekt von PEP zu stellen. Das Nachfolgeprojekt ist als „PEP vor Ort“ Teil des neuen Förderprogrammes „JES! Eigenständige Jugendpolitik - mit PEP vor Ort“. Es soll die Weiterentwicklung und Anwendung von „PEP - Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung von Jugendarbeit“ (2013-2015) auf die Entwicklung einer kommunalen Jugendpolitik beinhalten.

1. Der Landesjugendhilfeausschuss bittet das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz um die Trägerschaft und entsprechende finanzielle Unterstützung.
2. Bei Zusage von Seiten des Ministeriums wird die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem FA 1 beauftragt, das Folgeprojekt „PEP vor Ort“ analog zu PEP zu realisieren.
3. Unabhängig von der Entscheidung über die Trägerschaft bittet der Landesjugendhilfeausschuss das Fachministerium um ein Signal an die Fachpraxis, dass die formalen Fördervoraussetzungen für JES/PEP ggf. an die örtlichen Möglichkeiten angepasst werden und insoweit flexibel gehandhabt werden könnten.



Erläuterungen:

**PEP**

Das zurückliegende PEP - Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung von Jugendarbeit (2013-2015) hatte das Ziel zur Profilierung und besseren fachpolitischen Positionierung der Jugendarbeit beizutragen. Die Projektteilnehmer/innen konnten für ihren Zuständigkeitsbereich auf der Basis verschiedener Analysen Ziele formulieren und diese unter wissenschaftlicher Begleitung in einem Coachingprozess umsetzen (siehe Projektskizze). Im Ergebnis konnten neben der Qualifikation der Fachkräfte, Ressourcen erschlossen werden, Zuwächse bei formalen Mitbestimmungsmöglichkeiten als auch neue Gesprächsplattformen mit der Politik realisiert werden. Die Fachkräfte beschrieben ihre Entwicklung so, dass sie und die Jugendarbeit von einer eher passiven Rolle sich hin zum Mitgestalter entwickelt haben (vgl. Projektdokumentation 2017, S. 3). PEP trug damit wesentlich bei, die Bemühungen einer eigenständigen Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz umzusetzen. Daran knüpft die Neuauflage von PEP im Rahmen von „JES! Eigenständige Jugendpolitik - mit PEP vor Ort“ an.

**PEP vor Ort**

Mit JES! Jung.Eigenständig.Stark hat die Landesregierung den Grundstein für eine eigenständige Jugendpolitik gelegt, die in Verlängerung der Bemühungen, auf Bundesebene eine eigenständige Jugendpolitik zu etablieren, steht. Der zweite Kinder- und Jugendbericht in Rheinland-Pfalz liefert dazu weitere Erkenntnisse die den Bedarf zur Erreichung der zentralen Leitziele von JES! aufzeigt:

- Befähigung und Unterstützung zur Teilhabe junger Menschen in der Gesellschaft
- Die Gewährleistung autonomer Gestaltungsräume sowie die
- Gewährleistung der Mitbestimmung an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen – Stärkung und Partizipation und damit des demokratischen Gemeinwesens.

Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz hat dazu ein Förderprogramm zur Umsetzung einer kommunalen Jugendstrategie „JES! Eigenständige Jugendpolitik - mit PEP vor Ort“ aufgelegt (s. Anlage).

PEP und PEP vor Ort

Mit PEP wurden Instrumente erprobt und Erfahrungen gesammelt. Daran knüpft „PEP vor Ort“ an und baut darauf auf. In Fortführung und Abgrenzung zu PEP werden nun

unter der Vorgabe der JESI-Ziele, die Entwicklung und Durchführung einer kommunalen Jugendstrategie befördert. Auch soll Verwaltungsleitung, Politik und Räte von Anfang an mitgenommen werden. Des Weiteren soll die Qualifizierung von mindestens zwei Jugendarbeitsfachkräften pro Kommune aus dem Zuständigkeitsbereich unter wissenschaftlicher Begleitung gecoacht werden.

Gegenüberstellung von Unterschieden im Projektdesign:

PEP vor Ort	PEP
Qualifizierung, Beratung und Unterstützung von 12 Teilnehmer/innen (Multiplikator/innen) aus sechs JES-Kommunen	13 Fachkräfte von 10 Trägern
Vorgabe der JESI-Ziele, Konkretisierung für die örtlichen Gegebenheiten	Selbst entwickelte Ziele
Fachliche Begleitung der Örtlichen Steuerungsgruppe (unter Vorsitz der Verwaltungsleitung) im Rahmen von PEP vor Ort	Keine örtliche Steuerungsgruppe
Beschluss Jugendhilfeausschuss und Ratsbeschluss	Placet der Jugendamtsleitungen für die Fachkräfte der Jugendarbeit
(zusätzlich aus JES bis zu 20.000 Euro je Kommune an Ressourcen für die Umsetzung)	Keine Mittel zur Umsetzung von Projekten/Aktionsvorhaben

Die Trägerschaft von „PEP vor Ort“ ist noch offen.

**Um anknüpfen zu können an die Erkenntnisse, Erfahrungen, Instrumente und die erfolgreich erreichten Ziele von PEP, ist es fachpolitisch sinnvoll, dass sich der Landesjugendhilfeausschuss erneut um die Trägerschaft von „PEP“, diesmal als „PEP vor Ort“ bemüht. Das ist die Einschätzung und entsprechend auch der Vorschlag aus dem FA 1, über den heute abgestimmt werden soll.**

PEP war einerseits eine Werbung für den Landesjugendhilfeausschuss, andererseits konnten Ziele und Erfahrungen über das Netzwerk des Ausschusses verbreitet werden. „PEP vor Ort“ könnte die Impulse aus PEP auch für die kommunale Ebene fruchtbar machen. Dem Landesjugendhilfeausschuss stände es gut an, sich dafür stark zu machen.

Die Trägerschaft ginge zudem einher mit dem Qualifizierungs- und Beratungsauftrag des Landesjugendamtes gemäß § 85 Abs. 2 Nr. 5 SGB VIII sodass Synergieeffekte erzielt werden können.

Das Volumen der für die Durchführung zu beantragenden Unterstützung beträgt insgesamt 55.000 Euro für das Gesamtprojekt bei einer Laufzeit bis 2019. Die Kalkulation geht von einem vergleichbarem Umfang und Kostenrahmen der Qualifizierungsangebote für die PEP vor Ort-Teilnehmer/innen wie seinerzeit im PEP aus und bezieht die zusätzliche Berücksichtigung des Begleitauftrags gegenüber der örtlichen Steuerungsgruppe mit ein sowie jeweils eine Veranstaltung der Multiplikator/innen zur Halbzeit und zum Projektende und die Kosten der Dokumentation. Prof Lindner als auch weitere Akteure aus der Wissenschaft wären bereit auch im Nachfolgeprojekt mitzuwirken.

Punkt 3 des Beschlussvorschlags bezieht sich u.a. auf die angegebenen Fristen für Gremienbeschlüsse und die Anforderungen an die Fachkräfte, die ein örtlicher Träger in PEP II entsenden kann. In der Sitzung des FA 1 dazu entstand der Eindruck, dass interessierte Träger auf eine Teilnahme verzichten könnten, weil sie die formalen Schwellen als absolute interpretieren. Möglicherweise könnte das Ministerium diesen Trägern ohne substanzielle Einbußen den Zugang zum Projekt eröffnen.



2. Juni 2017

**Vorlage Nr. 13 (15/05) zu TOP 8**

**für die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 19. Juni 2017**

## **„Zukunftsaufgabe meistern – Fachkräfte für die Jugendarbeit halten und gewinnen“**

hier: Positionspapier des FA1 im Auftrag des LJHA

Anlage: 1

**Berichterstatlerin/Berichterstatter: Volker Steinberg**

### **Beschlussvorschlag:**

**Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt das Positionspapier „Zukunftsaufgabe meistern – Fachkräfte für die Jugendarbeit halten und gewinnen“. Die Verwaltung wird mit der Veröffentlichung beauftragt.**

### **Erläuterungen:**

Der LJHA hat am 13. Februar 2017 den FA1 offiziell mit der Erstellung eines Positionspapiers beauftragt. Der FA 1 befasste sich bereits seit längerem in einer Arbeitsgruppe mit diesem Thema. Für die Jugendarbeit wird die Herausforderung Fachkräfte zu gewinnen und zu halten als aktuelles Thema wahrgenommen. Dabei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle, die in der Arbeitsgruppe diskutiert und ausgewertet wurden. Der FA1 bittet nach der Veröffentlichung die strategischen Partner wie Hochschulen, Ministerien und Jugendämter um eine inhaltliche Rückmeldung zum Positionspapier.





7. Juni 2017

Vorlage Nr. 14 (15/05) zu TOP 9

für die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 19.06.2017

## Integration zugewanderter junger Menschen und ihrer Familien- Herausforderung für die Jugendhilfe

hier: Befassung mit der Lebenslage begleitet und unbegleitet zugewanderter junger Menschen und den Handlungserfordernissen zu deren Integration

Anlage:

Ergebnisse der 17. Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung

Berichterstatlerin/Berichterstatter: **Sybille Nonninger**

### Beschlussvorschlag:

Der Landesjugendhilfeausschuss beauftragt die Fachausschüsse, sich mit dem Schwerpunktthema auseinanderzusetzen und dabei die Ergebnisse der 17. Jahrestagung der LAG Jugendhilfeplanung mit heranzuziehen. Ziel ist, dem Landesjugendhilfeausschuss eine Positionierung zum Thema vorzulegen.

Erläuterungen:

Der Landesjugendhilfeausschuss hat sich für die jetzt beginnende neue Arbeitsperiode unter anderem die Auseinandersetzung mit der Lage der zugewanderten jungen Menschen und ihrer Familien vorgenommen. Als Impulsmaterial dafür werden zum heutigen Tagesordnungspunkt zentrale Ergebnisse der letztjährigen Jahrestagung der LAG Jugendhilfeplanung eingespeist, die aufgrund der Neukonstituierung des Landesjugendhilfeausschusses noch nicht vorgetragen werden konnten.



## 17. Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung am 29.06.2016 in Mainz

### „Gesellschaftliche Integration in der Kommune gestalten-Zuwanderung als Herausforderung für die (Jugendhilfe-)Planung“

Wenn es darum geht, die gesellschaftliche Integration in der Kommune zu gestalten, spielt die kommunale Planung eine wichtige Rolle und, soweit junge Menschen und ihre Familien die Zielgruppe sind, auch die Jugendhilfeplanung. Die Herausforderung besteht darin, Strukturen zu schaffen, die eine gesellschaftliche Integration von Zuwanderern und das Miteinander von Alt- und Neubürger/-innen durch Planung unterstützen.

Wie müssen Strukturen und Verfahren der Planung aussehen, die das leisten können? Welche guten Beispiele gibt es? Wer ist zu beteiligen? Wer muss mit wem zusammenarbeiten? Wo liegen die größten Herausforderungen?

Jugendhilfeplanung hat drei zentrale „Werkzeuge“ in ihrem Koffer, um den Bedarf zu sondieren und die darauf passenden Maßnahmen herauszuarbeiten:

- die Auswertung der **Sozialstatistik**,
- die Auswertung der **Geschäftsstatistik** des Jugendamtes (und nach Möglichkeit auch jener der freien Träger) und
- schließlich die Auswertung von Erkenntnissen aus **Beteiligungsprozessen**, mit Fachkräften, mit sonstigen Schlüsselpersonen im Planungsraum oder mit Betroffenen.

Im Hinblick auf zugewanderte junge Menschen sind die statistischen Datenquellen oft nicht sehr ergiebig. Insofern muss mehr Aufmerksamkeit auf die Nutzung von Problemsichten und Lösungsperspektiven vieler unterschiedlicher Beteiligter verwendet werden.

Dieser Grundlinie folgte die Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft, wenn sie das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln und in bereichsübergreifenden Arbeitsgruppen beleuchtete. Die inhaltliche Ausrichtung war vom Arbeitskreis der Planerinnen und Planer in der LAG erarbeitet worden und dankenswerter Weise hatten sich Expertinnen und Experten unterschiedlichster Praxisfelder bereit erklärt, Impulse für die Diskussion beizusteuern.

Auf diese Weise sollten Anregungen zu Planungsstrukturen, zu angemessenen Formen der Planungsbeteiligung sowie zu wichtigen Planungsschwerpunkten herausgearbeitet.

Das Programm der Tagung:

- 10:00 Uhr **Eröffnung**  
Detlef Placzek, Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung  
Albrecht Bähr, Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses  
Miguel Vicente, Beauftragter der Landesregierung für Migration und Integration
- 10:30 Uhr **Die Herausforderung ...**  
Landrat Rainer Kaul (Neuwied)  
Prof. (i.R.) Dr. Franz Hamburger  
Claudia Völcker (Leiterin der Abt. Jugend, Familie und Soziales der Stadt Speyer)  
Christiane Giersen (AG Diakonie in Rheinland-Pfalz)  
Ela Strieder (Integrationslotsin in der VG Rhein-Selz)  
Moderation: Sybille Nonninger
- 13:00 Uhr **Perspektiven für die Bewältigung...**  
Sieben Themen- Sieben Arbeitsgruppen (siehe Folgeseite)
- 15:00Uhr Abschlussrunde zu den Arbeitsergebnissen,  
Empfehlungen an den Landesjugendhilfeausschuss
- 15:30 Uhr **Schlusswort**  
**Anne Spiegel,**  
**Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz**
- 16:00 Uhr Ende der Veranstaltung

## 17. Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung: „Gesellschaftliche Integration in der Kommune gestalten“

### Bericht zur Tagung

Über 100 Fachkräfte öffentlicher und freier Träger trafen sich auf Einladung des Landesjugendamtes am 29. Juni im Erbacher Hof in Mainz zur 17. Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung. Zentrales Thema war die Herausforderung, die mit der gesellschaftlichen Integration der Zuwanderer für die kommunale Planung verbunden ist. In einem bereichsübergreifend zusammengesetzten Podium und in insgesamt sieben Arbeitsgruppen ging es um inhaltliche Aspekte des Unterstützungsbedarfs ebenso wie um strukturelle und methodische Fragen der planerischen Unterstützung.

### **Gesellschaftliche Integration muss die angestammte Bevölkerung genauso im Blick haben wie die Zuwanderer**

In ihren Grußworten gingen sowohl der Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses Albrecht Bähr als auch der Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung Detlef Placzek darauf ein, dass die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern nur gelingen kann, wenn auch die Belange der angestammten Bevölkerung dabei im Blick sind. Bähr wies auf die universale Geltung der Menschenrechte hin und darauf, dass Armut und soziale Benachteiligung in unserer Gesellschaft im Widerspruch dazu stehen. Placzek zitierte die Ministerpräsidentin, nach deren Worten der soziale Zusammenhalt wichtigstes Anliegen der Regierung ist. Die Politik der Landesregierung sei für alle da, „für Flüchtlinge und die, die schon immer hier waren“, hatte sie in ihrer Regierungserklärung betont. Der Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration Miguel Vicente unterstrich, dass es im Hinblick auf die soziale Integration wichtig sei, Parallelstrukturen für Zuwanderer so weit als möglich zu vermeiden.

### **Die Dynamik der Zuwanderung muss mit der Haltung der Bevölkerung zur Zuwanderung in Einklang gebracht werden**

Rainer Kaul, Landrat des Kreises Neuwied und Präsident des Landesverbands Rheinland-Pfalz des DRK, unterstrich, dass es wichtig ist, die ansässige Bevölkerung bei dem Prozess der Aufnahme von Flüchtlingen mitzunehmen. Wenn 2014 400 Flüchtlinge in den Kreis kamen, 2015 1.700 und jetzt, bis Mitte 2016, schon wieder 800 gezählt wurden, dann müsse der Anspruch der gesellschaftlichen Integration differenziert gesehen und auch berücksichtigt werden, dass es dabei für bestimmte Gruppen auch um eine Teilhabe auf Zeit gehen könne. Professor Hamburger betonte, dass es Zuwanderung schon immer in der Geschichte der Gesellschaft gegeben habe und dass sie durchaus erfolgreich war. Wichtig sei, allen die Integration anzubieten und sich nicht durch diffamierende und diskriminierende Propaganda davon abbringen zu lassen. Rainer Kaul hielt dagegen, dass die jungen Zuwanderer alle in die Stadt wollen, weil dort die Infrastruktur besser sei. Die Erfüllung dieses Wunsches wiederum sei nicht realisierbar.

### **Das Hilfefotenzial von Regelstrukturen muss reaktiviert werden**

Claudia Völcker, Jugend- und Sozialamtsleiterin der Stadt Speyer, die Journalistin und Koordinatorin der Integrationsbegleiter in Nierstein-Oppenheim Ela Strieder, der Landrat des Kreises Neuwied Rainer Kaul, Professor i.R. Franz Hamburger und Christiane Giersen von der Arbeitsgemeinschaft der Diakonie Rheinland-Pfalz zeichneten im Einstiegspodium ein realitätsnahes Bild von den Herausforderungen, die damit verbunden sind, wenn aus dem ersten Willkommen ein Ankommen in der Gesellschaft und gesellschaftliche Teilhabe werden soll.

Alle bestätigten, dass die dafür vorgesehenen Regelstrukturen ihr Hilfefotenzial für Betroffene oft erst entfalten können, wenn sich zusätzliche Helfer, wie die zahlreich aktiven Ehrenamtlichen einschalten. Claudia Völcker skizzierte, dass in Speyer mit kreativer Drittmittelwerbung flankierende Projekte geschaffen werden konnten, die die erforderliche Orientierung und Hilfe leisten, mit Blick für den Einzelfall und jenseits standardisierter Bedarfsdefinitionen, gerade wenn es um Bildung, Ausbildung und Beruf geht. Dass die Re-Formierung bzw. Reaktivierung der Regelstrukturen eine der wichtigsten Ansatzpunkte für die Bewältigung der Herausforderung darstellt, wurde auch von den meisten Arbeitsgruppen besonders herausgestellt.

### **Die Dynamik der Zuwanderung ist nur mit planerischen Mitteln zu bewältigen**

Wenn die beschriebene Dynamik der Zuwanderung, die Vielfalt der Lebens- und Bedarfslagen, mit den unterschiedlichen örtlichen Ressourcen zur Deckung gebracht werden soll, dann sind Planungsinstrumente unerlässlich. Es geht dann darum, systematisch Daten zu sammeln, zur quantitativen und qualitativen Beschreibung des Bedarfs sowie zu den vorhandenen Kapazitäten die erforderlichen Maßnahmen mit Fachleuten zu entwickeln und die Umsetzung von Maßnahmen systematisch zu unterstützen. Die Begleitung der diesbezüglichen Kommunikations- und Informationsprozesse und die Moderation der Planungsdiskurse fallen in das Aufgabengebiet der Jugendhilfepfanungs- bzw. Sozialplanungsfachkräfte, das betonten Claudia Völcker als Praktikerin des Jugend- und Sozialamtes ebenso wie Professor Franz Hamburger als Vertreter der Wissenschaft. Dass zur Erfüllung der Aufgabe endlich auch flächendeckend Ressourcen für die örtliche Jugendhilfepfanung nötig sind, hatte Albrecht Bähr schon eingangs festgestellt.

### **Für die bereichsübergreifende Abstimmung empfehlen sich Runde Tische**

„Runde Tische“ und „Vernetzung“ sind keine neuen Themen und die Beschwörung ihrer Problemlösungskraft könnte abgenutzt erscheinen, dennoch, im Kontext der Zuwanderung sind sie einmal mehr die strukturelle Lösung zur bereichsübergreifenden Abstimmung, betonte Claudia Völcker. Jugendamt und Sozialamt, die Stadtplanung, der Schulbereich, das Jobcenter - alle gehören an den Tisch. Das heißt nicht, dass alle immer alles gemeinsam besprechen müssen. Bei den Arbeitsgruppen der Jahrestagung waren die Vertretungen der Schule, Bernhard Roschinski von der ADD Neustadt, und der Arbeitsverwaltung Hella Eitenauer, von der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz/Saarland der Bundesagentur, speziell mit ihrem Zuständigkeitsbereich befasst, aber eben in einer bereichsübergreifenden Konstellation mit Fachkräften unterschiedlicher Jugendhilfefelder. Entsprechend kann die Arbeit von Netzwerken oder runden Tischen zur Integration arbeitsteilig erfolgen. Wichtig ist, dass man nicht nebeneinander her arbeitet, sondern sich austauscht und abstimmt, so auch die Sprecherin der rheinland-pfälzischen Integrationsbeauftragten Sabine Müller aus Worms.

### **Ehrenamtliches Engagement leistet Außergewöhnliches, hauptamtliche Unterstützung kann dadurch aber nicht ersetzt werden**

Der ehrenamtliche Einsatz für die Flüchtlinge wurde von allen, sei es im Podium oder in den Arbeitsgruppen, als Lehrbeispiel für bürgerschaftliches Engagement gelobt. Ehrenamtliche Laien bedürfen gleichwohl einer fachkundigen Betreuung und Begleitung. Besonders aus den Reihen des Podiums wurde dies betont. Mehr noch, es sollte darauf geachtet werden, dass für die Öffnung der Wege zu den Regelsystemen, sei es der Hilfe, der Bildung oder Ausbildung, mehr Hauptamtliche zur Verfügung stehen, damit sich die Ehrenamtlichen stärker der Organisation von Begegnung und Kontakten mit der ansässigen Bevölkerung widmen können, so Ela Strieder als Stimme der Integrationshelfer.

### **Arbeitsgruppen bekräftigen die Bedeutung von niedrigschwelliger Infrastruktur sowie kluger Planung und Vernetzung**

Über alle sieben Arbeitsgruppen hinweg, die sich mit inhaltlichen Fragen oder mit Aspekten der planerischen Unterstützung von Integration beschäftigten, wurde betont, dass die Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der sonstigen integrationsrelevanten gesellschaftlichen Handlungsbereiche dringend einer nachhaltigen Stärkung, nicht zuletzt in personeller Hinsicht, bedürfen. In der aktuellen Bedarfssituation räche sich der Rückbau des Sozialen. Man brauche nun Strukturen, die offen seien für alle, und statt standardisierter Zugangsschwellen flexible Teilhabemöglichkeiten anbieten. Es gehe um die flexible Abstimmung der Hilfe auf den Bedarf im Einzelfall. Dazu sei eine grundsätzliche interkulturelle Öffnung nötig, aber auch unbürokratische flexible Finanzierungssysteme, außerdem eine Planung und Abstimmung über Ressortgrenzen hinweg. Dabei waren die Schnittstellen auf ministerieller Ebene genauso im Blick wie die örtliche Kooperation und Koordination.

### **Ministerin Anne Spiegel verspricht Unterstützung für die Jugendhilfepfanung und sagt die Bearbeitung der Schnittstellen mit den anderen Ressorts zu**

Die Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Anne Spiegel, die zur Präsentation der Arbeitsgruppenergebnisse anwesend war, nahm zunächst das Thema der Schnittstellen auf. Sie werde der ressortübergreifenden Abstimmung in der Landesregierung besondere Aufmerksamkeit widmen.

Im Übrigen betonte sie die Bedeutung einer bedarfsgerechten örtlichen Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe wie der Bildung und Ausbildung bzw. der sonstigen sozialen Integrationshilfe. Der Weg dahin führt über die bereichsübergreifende Verarbeitung von Informationen, über Kommunikation, Beteiligung und Abstimmung. Ein Instrument dafür ist die Jugendhilfepfanung. Die Ministerin versprach, sich für die Stärkung der örtlichen Jugendhilfepfanung einzusetzen. Sie freue sich, dass die Jahrestagung Integration zum Thema gemacht habe, sagte sie, und zeigte sich aufgeschlossen gegenüber der Einladung, mit der LAG und dem Landesjugendhilfeausschuss über die Konsequenzen aus der Tagung im Gespräch zu bleiben. Das stellte auch der jugendpolitische Sprecher der SPD Marc Ruland in Aussicht. Er war ebenfalls zur Abschlussrunde gekommen, um sich selbst ein Bild von den Ergebnissen der Arbeitsgruppen zu machen.

## Grußwort des Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses Albrecht Bähr

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn ich auf die Dynamik des letzten Jahres zurückblicke, die mit den Schlagworten „Integration, Flucht und Zuwanderung“ verbunden war, dann scheinen sehr viele Themen dazu auf der Hand zu liegen. Allen gemeinsam scheint aber das Thema „Unplanbarkeit“. Erst zu wenig, nun zu viele Kapazitäten, sich stetig verändernde rechtliche Rahmenbedingungen bei sich gleichzeitig ebenfalls verändernder politischer und gesellschaftlicher Stimmungslage, wieder wachsende Heterogenität der Flüchtlinge und vieles mehr. All das führt zu der Frage: ist die momentane Zuwanderung nur Herausforderung oder schon Überforderung für Planung jeglicher Art?

Die Antwort auf diese Frage wird lokal sicher sehr unterschiedlich ausfallen, vor allem auch deshalb, weil- wie allseits bekannt- die Kapazitäten, die Jugendhilfeplanerinnen und –planer hierfür zur Verfügung haben, kommunal stark divergieren. Nicht nur, weil wir hier heute auf einer Veranstaltung der LAG Jugendhilfeplanung sind, halte ich trotz all dem Planungsprozesse für die Gestaltung von Integration für unabdingbar. Diese benötigen jedoch ein grundlegendes kommunales Konzept, das Ziele und zur Verfügung stehende Ressourcen beschreibt. Knappe Ressourcen können nur dann gut und sinnvoll verplant werden, wenn Prioritäten klar und politisch verhandelt sind.

Aus der Position der Jugendhilfe muss das Recht junger Menschen auf Hilfe beim Ankommen in unserer Gesellschaft, das ihnen die UN-Kinderrechtskonvention verbrieft, umgesetzt werden. In Zeiten wie diesen, in denen auch im Hinblick auf junge Menschen inzwischen wieder laut in Frage gestellt wird, wieviel Investitionen in sie gerechtfertigt sind bzw. wir uns leisten wollen, möchte ich als Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses ausdrücklich festhalten: alle jungen Menschen haben ein Recht auf „einen ihrer körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard“- sprich sie haben ein Recht auf ein gutes Leben!

Wie das am Ort, an dem sie leben, konkret werden kann, wollen wir heute beleuchten. Klar ist, dass die Themen: Schule und Beruf für junge Geflüchtete besonders wichtig sind. Es scheint auf den Hand zu liegen, dass hierbei Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung miteinander zu verzahnen sind. Eine Schule, die jungen Geflüchteten ein gutes Ankommen in unserer Gesellschaft ermöglichen will, kann nicht so bleiben, wie sie ist- sie funktioniert auch schon für die hier aufgewachsenen Kinder und Jugendlichen nur bedingt gut. Schule braucht die Jugendhilfe und zwar nicht wegen ihrer Problemlösungskompetenz für das eigene System, wie uns der Koalitionsvertrag glauben macht, sondern weil die Jugendhilfe ihren pädagogischen Auftrag anders wahrnimmt und Schule diese Ergänzung benötigt.

Dass junge Menschen bei uns ankommen können, geschieht nicht von allein. Es benötigt Investitionen in soziale Infrastruktur, zugehende Arbeit im Gemeinwesen und in den Dialog mit allen Betroffenen. Ja, Zuwanderung ist eine Herausforderung. Wir sind es nicht mehr gewohnt, über unsere Art zu leben, zu handeln, über unser Demokratieverständnis und unsere Werthaltungen, über das, was uns wichtig ist, Auskunft zu geben. Das zeigen uns nicht nur die gerade frisch Zugewanderten. Wenn wir es jetzt nicht schaffen, Integration zu gestalten, werden weitere Parallelgesellschaften entstehen- das kann niemand von uns wollen! Ich hoffe, dass diese Tagung ihnen Lust macht Integration und damit Zukunft zu gestalten!

## Grußwort des Präsidenten des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung Detlef Placzek

### „Die Unterbringung ist ein Sprint, die Integration ein Marathon!“

Ich begrüße Sie ganz herzlich zu dieser Tagung in der es um Planung für die gesellschaftliche Integration von zugewanderten jungen Menschen und ihren Familien gehen soll, hier in den Räumlichkeiten des Erbacher Hofes.

Ohne Planung hätten wir die hinter uns liegende Zeit der Zuwanderung bzw. Zuweisung von unabsehbar vielen Schutz suchenden Menschen aus den Krisengebieten der Welt auch in Rheinland-Pfalz nicht bewältigen können. Das mag angesichts der nicht beeinflussbaren Aufnahmezahlen widersprüchlich klingen.

Tatsächlich ging es um die tagesaktuelle Erfassung aller aufzunehmenden Menschen einerseits, um den Abgleich der Aufnahmekapazitäten und um die Schaffung neuer Aufnahmeeinrichtungen andererseits.

Wir mussten uns zunächst darauf konzentrieren, für viele ein Dach über dem Kopf zu organisieren.

Für die unbegleiteten Minderjährigen ging es darum, ihnen in dieser Phase die Eltern zu ersetzen und für ihren besonderen Schutz zu sorgen. Dabei waren differenzierte Kenntnisse der örtlichen Infrastruktur nötig, außerdem bedurfte es abgestimmter Maßnahmen zur Beschaffung von Material und zur Bereitstellung von Personal.

Nach der ersten Aufnahme geht es jetzt darum, für die zu uns gekommenen Menschen das Ankommen in der Gesellschaft zu ermöglichen und zu begleiten.

Die Sorgen und Nöte der zugewanderten Menschen dürfen dabei nicht den Blick für die Probleme der ansässigen Bevölkerung verstellen.

Wenn aus dem ersten Willkommen ein echtes Ankommen und die Teilhabe an der Gesellschaft werden sollen, muss gesellschaftliche Integration umfassend gedacht werden.

Sie muss alle Menschen im Gemeinwesen einbeziehen. Es darf nicht zur Konkurrenz zwischen zugewandeter und angestammter Bevölkerung um soziale Leistungen, um Bildung, Ausbildung und Beschäftigung kommen. Die Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat das in ihrer Regierungserklärung unterstrichen.

Wichtigstes Anliegen der Regierung ist danach der soziale Zusammenhalt. Die Politik der Landesregierung sei für alle da, „für Flüchtlinge und die, die schon immer hier waren“, betonte sie. Sie bekräftigte damit die Verantwortung der Landesregierung. Klar ist aber auch, dass die Integration letztlich vor Ort bewältigt werden muss. Dabei geht es einmal mehr um die differenzierte systematische Erfassung der Bedarfe in der örtlichen Lebenswelt. Welche Probleme gibt es, welche Ressourcen, was brauchen die zugewanderten Menschen, was fehlt den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und was muss organisiert werden, damit ein Miteinander gelingen kann?

Das sind klassische Planungsfragen, für deren Beantwortung im Jugendhilferecht die Jugendhilfeplanung als Instrument verankert ist, und zwar ausdrücklich nicht nur auf

die Jugendhilfe bezogen, sondern auch auf die Zusammenarbeit mit verwandten gesellschaftlichen Handlungsfeldern.

Die heutige Tagung, die das Landesjugendamt im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung gemeinsam mit örtlichen Planungsfachkräften konzipiert hat, soll für diesen örtlichen Planungszusammenhang Unterstützung leisten und zwar speziell bezogen auf das Themenspektrum der Integration zugewanderter Menschen.

Im Mittelpunkt steht dabei der bereichsübergreifende Austausch über erforderliche Planungsstrukturen, über inhaltliche Probleme und die Frage, wie ein gedeihliches Miteinander von neu zugezogener wie ansässiger Bevölkerung planerisch unterstützt werden kann.

Ich freue mich, dass die Tagung Ihren Zuspruch gefunden hat, und dass neben den klassischen Akteuren der Jugendhilfe auch viele andere Verantwortungsbereiche vertreten sind. Ich hoffe, dass sie das gemeinsame Anliegen der Integration nachhaltig unterstützen kann, und wünsche Ihnen anregende Impulse und fruchtbare Diskussionen.

### **Forderungen aus den Arbeitsgruppen an den Landesjugendhilfeausschuss und an Ministerin Anne Spiegel:**

1. Gute flächendeckende Infrastruktur  
Notwendiger Ausbau der Infrastruktur (Mit Vorhaltespielraum)
2. Besondere Bedarfe bei den 18 – 25-Jährigen in den Blick nehmen, da sie aus vielen Leistungsbereichen fallen
3. Ausreichende Mittel für die Sprachförderung zur Verfügung stellen und stabile Strukturen schaffen in den Beschäftigungsverhältnissen
4. Schulsozialarbeit ausweiten
5. Öffnung von Integrationsangeboten unabhängig vom „Status“. Gleichwertige Teilhabe ohne Zugangsbeschränkungen  
Bessere Angebote in Sammelunterkünften, Schulen, BVJ bis zu 25-jährigen
6. Zugang zur Regelstruktur schaffen und sicherstellen (vor allem Schule/Sprache)  
- Standards halten
7. Bildungspass zur Teilhabe (ohne Verwaltungsaufwand)  
- Bonussystem
8. Verpflichtung der Eltern zur Teilnahme an Informationen über Werte und Rechtssysteme in der BRD für alle (Kinderrechte)
9. Zugänge schaffen, Familien begleiten, Kitas dabei unterstützen  
(Teilhabechancen für alle)
10. Unterstützung für „GEH-Struktur“ Angemessene Ausstattung der JHP
11. Sicherstellung von Beteiligung
12. Interkulturelle Kompetenz, Gesamtgesellschaftliches Weiterentwickeln, Kompetenz von Zugewanderten besser nutzen (Zertifikat...)
13. Systemübergreifende Kooperation und Vernetzung  
Kinder- und Jugendhilfe nicht länger als Ausfallbürge für andere Teilsysteme  
- nachhaltige / tragfähige /verpflichtende Verzahnung
14. Schnittstellen müssen auf ministerieller Ebene gut und verlässlich gestaltet werden!
15. Netzwerk koordinieren  
-> zu Sozialraum und zu Einrichtungen (Beratung)
16. Unbürokratische / einfache Abrechnung von Regelfinanzierung statt „Projektitis“!  
(ausreichendes qualifiziertes Personal, dauerhaft abgesichert und finanziert)
17. Ressourcen für Ämter und Anbieter
  - a) Koordinierung von Ehrenamt
  - b) Fonds für Prävention
18. Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Personal
19. Mehr Hauptamt zur Begleitung von Ehrenamt
20. Angemessen Ausstattung der Jugendhilfeplanung
21. Unklare Datenlage muss verbessert / geklärt werden

## Arbeitsgruppe 1

### Das Jugendamt als strategisches Zentrum des Aufwachsens: Rolle der Jugendhilfeplanung für die Gestaltung der gesellschaftlichen Integration im Sozialraum

Sabine Müller (Stadt Worms; Sprecherin der LAG der kommunalen Integrationsbeauftragten)

Moderation: Dr. Sandra Menk und Rebecca Stefula (Landesjugendamt)

- Unklare Datenlage, dies muss verbessert / geklärt werden (Strukturen wichtig, um verlässlich an Daten zu kommen)
- Öffnung von Integrationsangeboten unabhängig vom „Status“. Bessere Angebote in Sammelunterkünften, Schulen, BVJ bis zu 25-jährigen
- Angemessene Ausstattung der Jugendhilfeplaner/in
- Schnittstellen müssen auf ministerieller Ebene gut und verlässlich gestaltet werden! Stichwort Betreuungsgeld Ü6!
- Unbürokratische / einfache Abrechnung von Regelfinanzierung statt „Projektitis“!

#### Wichtige Erkenntnisse:

- Regelfinanzierung statt Projekte an Projekten
- Auftragsklärung:
  - Wer gibt der Jugendhilfeplanung einen Auftrag? Politischer Auftrag ist wichtig (und erwünscht)
  - Integration als Querschnittsaufgabe ->strukturelle Kooperation wichtig
- Anliegen:
  - Eigenverantwortliche Steuerungsmechanismen der Kommune
  - Auftrag ans Land: „unkomplizierte Verfahren“ (Wunsch/Anliegen)
  - Aufhebung der Nichtübertragbarkeit des Haushaltsjahres
  - Strategische Steuerung (fachübergreifend)
  - Qualitative und Quantitative Planung
  - Die begleiteten Kinder nicht vergessen....!!!
  - Örtliche Kooperationsstrukturen (z.B. mit Polizei) - sehr unterschiedlich
  - LKA: braucht Info zu Unterbringung, Ansprechpartner, Struktur und Anhaltspunkte zu Jugendlichen (z.B. bei Fahndung)
  - Planungsteam: Jugendhilfeplanung und Sozialplanung
  - Daten müssen zugänglich sein ( bzw. gemacht werden)
  - Datenschutz: Wer kriegt welche Daten zu welchem Zweck (Klärung auf Landesebene)
- Kommunen sind unterschiedlich aufgestellt

## Fortsetzung Arbeitsgruppe 1

Fragen:

- Wer hat den Hut auf?
- Was macht Land / Bund ? (Koordination / Finanzierung)
- Zahlen / Daten sind in Jugendhilfeplanung nicht bekannt
- Unterschiedliche Strukturen in Städten / Landkreisen
- Wer definiert Zuständigkeit für Integrationsprozess?
- Verschiedene Datenbestände (wer hat worauf Zugriff?)
- best practice (Wo kann am voneinander lernen?)

## Arbeitsgruppe 2

### Bedarfs(bzw. zielgruppen-)gerechte Angebote der Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländer/-innen (UMA) und von Angeboten der Erziehungshilfe für begleitet zugewanderte junge Menschen

Barbara Liß (Landesjugendamt), Eva Dittmann (ISM gGmbH)

Moderation: Sabrina Brinks (ISM gGmbH, Mainz)

Kind ist KIND!

- Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Personal
- Zugang zur Regelstruktur schaffen und sicherstellen (vor allem Schule/Sprache) - Standards halten
- Systemübergreifende Kooperation und Vernetzung
- Gleichwertige Teilhabe ohne Zugangsbeschränkungen durch z.B. Status, ....
- Kinder- und Jugendhilfe nicht länger als Ausfallbürge für andere Teilsysteme - nachhaltige / tragfähige /verpflichtende Verzahnung

### Arbeitsgruppe 3

#### **Merkmale einer guten Planung für zugewanderte junge Menschen und ihre Familien**

Ingeborg Diegmann und Axel Ghane Basiri (Internationaler Bund Bad Kreuznach)

Moderation: Rudi Neu (Landesjugendamt)

- *Besondere Bedarfe bei den 18 – 25-Jährigen in den Blick nehmen da sie aus vielen Leistungsbereichen fallen*  
Durch die Ungleichbehandlungen und die damit verbundenen gefühlte Ungerechtigkeit (z.B. was die Wartezeiten auf Anerkennung, oder die Anerkennung an sich, ... anbelangt) entsteht ein Gefährdungspotenzial entstehender Aggression oder Depression der Geflüchteten jungen Menschen.
- *Interkulturelle Beteiligung ermöglichen*  
Die Haltung muss lauten: Den Geflüchteten eine Stimme geben, Sie sichtbar werden zu lassen. Sie dabei sein zu lassen wenn über sie gesprochen wird (Ziel ist die Wiedererlangung der Kontrolle über das eigene Leben). Dies muss einhergehen mit interkulturellen Beratung und Qualifizierung der Ehrenamtlichen.
- *Ausreichende Mittel für die Sprachförderung zur Verfügung stellen und stabile Strukturen schaffen in den Beschäftigungsverhältnissen*  
Bsp. In der Sprachförderung wird trotz hoher Anstellungsvoraussetzungen unterhalb des Mindestlohnes (8.10 Euro) gezahlt. Keine prekäre Beschäftigungen und unbefristete Verträge!
- *Dauerhafte Aktivierung der Akteur/innen*  
Kontinuierlich bestehende Netzwerke sind wichtig, damit nicht zeitintensive Aufbauarbeit immer neu betrieben werden muss. Gute Beispiele sind der lokale Aktionsplan und das stadt- und landkreisübergreifende Vorgehen aus Bad Kreuznach. Planung ist häufig nicht gewünscht, da es Bedarfe feststellt, die aus ökonomischen Zwängen nicht bedient werden können. Planung ist einzufordern.
- *Gute flächendeckende Infrastruktur*  
Die Zuwanderung sollte als Chance gesehen werden für den Weiterbestand einer sozialen Infrastruktur gerade im ländlichen Raum. Hier spielt die Mobilität dann auch nicht nur für die geflüchteten Menschen eine große Rolle. Zugänge zu den Maßnahmen wie Sprachkurse, Kreis- und Stadtverwaltungen, Praktika und Arbeit müssen ermöglicht werden. Psychologischen Beratung und Traumatherapien gilt es auszubauen.

Dies ist mit dem bestehenden Personal nicht zu leisten. Aufgabenzuwächse bedürfen gerade auch bei gleichzeitigem Sprint und Marathon entsprechende Personalzuwächse.

### Arbeitsgruppe 4

#### **Bildung, Ausbildung und berufliche Integration zugewanderter junger Menschen planen**

Hella Eiteneuer (Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit), Bernhard Roschinski

(Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Außenstelle Neustadt)

Moderation: Anna Warnking (Caritasverband für die Diözese Trier e.V.)

#### Angebote für ALLE

- Zugang zu Bildung
  - Erhöhung der Schulpflicht
  - Externe Prüfungen flexibler und öfter gestalten
- Integration von Anfang an ++
  - „Willkommensklassen“ für ein Jahr
- Schulsozialarbeit erhöhen
- Übergang Ausbildung
  - unabhängig vom Status
- JgL nicht in der Ausbildung isolieren
  - Ziele differenzieren

### Arbeitsgruppe 5

#### **Elternarbeit, Familienarbeit, Familienbildung, Frühe Förderung für die Zielgruppe planen**

Birgit Kleine-Weitzel (Leiterin des MGH Ingelheim, Vorstand der LAG MGH RLP), Felicitas Flöthner (Kordinatorin des MGH Koblenz, Vorstand der LAG MGH RLP)

Moderation: Sigrid Frank-Morher (Kath. Familienbildungsstätte Koblenz)

- Bildungspass zur Teilhabe (ohne Verwaltungsaufwand)
  - Bonussystem
- Verpflichtung der Eltern zur Teilnahme an Werte und Rechtssysteme in der BRD für alle (Kinderrechte)
- Ressourcen für Ämter und Anbieter
  - a) Koordinierung von Ehrenamt
  - b) Fonds für Prävention
- Qualitätskriterien von Schulungen

## **Arbeitsgruppe 6**

### **Kindertagesstätten und -tagespflege planen für die Aufnahme von Kindern aus zugewanderten Familien**

Roberta Donath (Ev. Kirche Hessen-Nassau), Irmtraud Lauer (Caritasverband für die Diözese Trier e.V.)

Moderation: Achim Hettinger (Leiter des Jugendamtes der Stadt Trier)

Kita = Idealer Ort der Inklusion -> neues Kita-Gesetz orientiert sich am Anspruch

- Qualität: ausreichendes qualifiziertes Personal, dauerhaft abgesichert und finanziert  
(Weg von Projektitis!)
- Notwendiger Ausbau der Infrastruktur (Mit Vorhaltespielraum)
- Zugänge schaffen, Familien begleiten, Kitas dabei unterstützen  
(Teilhabechancen für alle)
- Interkulturelle Kompetenz, Gesamtgesellschaftliches Weiterentwickeln, Kompetenz von Zugewanderten besser nutzen (Zertifikat...)
- Netzwerk koordinieren  
-> zu Sozialraum und zu Einrichtungen (Beratung)

## **Arbeitsgruppe 7**

### **Selbstorganisation und Ehrenamt - am Beispiel von Freizeitgestaltung, Jugendarbeit**

Delia Helmerking (Landesjugendring), Stephanie Otto (BDP), Marcus Thielen (Café Asyl im Jugendzentrum Daun),

Moderation: Florian Reinert (Landesjugendamt)

- Unterstützung für „GEH-Struktur“
- Sicherstellung von Beteiligung
- Mehr Hauptamt zur Begleitung von Ehrenamt
- Plattform für Vernetzung schaffen
- Anknüpfen an Infrastruktur / Schaffung von Infrastruktur